

FUNK BASTLER

FACHBLATT DES FUNKTECHNISCHEN VEREINS ZU BERLIN UND DES SÜDDEUTSCHEN RADIOCLUBS MÜNCHEN

Wo bleibt die Sendegenehmigung?

Von

L. v. Stockmayer,

Vorsitzender des Oberdeutschen Funkverbandes, Stuttgart.

Als sich die deutschen Kurzwellensender und -empfänger am 16. und 17. Januar 1926 in Jena zur Tagung trafen, da wurde ihnen von seiten des Deutschen Funktechnischen Verbandes gesagt, daß soeben eine Besprechung wegen der Sendegenehmigung zwischen den beteiligten Reichsbehörden stattgefunden habe, bei der eine Fülle von Bedenken erhoben worden sei. Es ist hierauf den Kurzwellenleuten, d. h. den im Deutschen Sendedienst zusammengeschlossenen deutschen Sendern und Empfängern, keine Gelegenheit gegeben worden, sich gegen diese Bedenken zu äußern, da die betreffenden Reichsbehörden über das Dasein des Deutschen Sendedienstes noch nicht unterrichtet waren.

Inzwischen aber hat sich der Deutsche Sendedienst durch den Deutschen Funktechnischen Verband und selbständig bei den maßgeblichen Reichsbehörden vorgestellt und auch in allen Fachzeitschriften über seine Verfassung und seine Absichten Klarheit verbreitet. Es ist infolgedessen kein Grund mehr vorhanden, ihn bei der Besprechung dieser wichtigen Angelegenheiten nicht zuzuziehen. Und er darf es als der durch die deutschen Kurzwellensender und -empfänger berufene Vertreter der Belange der Funkfreunde, die auf den kurzen Wellen arbeiten, erwarten, daß die Besprechungen über die Freigabe des Sendens nicht fortgeführt werden, ohne daß seine Stellungnahme eingeholt wird.

Solange der Deutsche Sendedienst noch nicht gegründet war, lag die Vertretung der Belange der Kurzwellenleute dem Deutschen Funktechnischen Verband ob, der sich ihrer auch in tatkräftiger Weise angenommen hat.

Es ist der Stellungnahme des Vorsitzenden und Sekretärs des Deutschen Sendedienstes zu verdanken, daß dieser im engsten Anschluß an den Deutschen Funktechnischen Verband aufgestellt worden ist und kein Sonderleben zu führen beabsichtigt, wie dies in anderen Staaten ausnahmslos der Fall ist.

Es ist dies geschehen, um von vornherein den Anspruch auf Anerkennung seiner Bereitwilligkeit zu erheben, mit den maßgebendsten Behörden im Einverständnis und Vertrauen zu arbeiten. Der Deutsche Sendedienst ist sich bewußt, daß es für die beteiligten Reichsbehörden einen schwerwiegenden Entschluß bedeutet, seinen Wünschen nachzukommen, da sie geeignet sind, eine Fülle von bisherigen Rechten und Gebräuchen umzustürzen. Es muß jedoch darauf aufmerksam gemacht werden, daß dies noch bei jeder technischen Neuerung der Fall war, und daß es nicht nötig ist, dasselbe Spiel jedesmal neu zu spielen.

Warum in der deutschen Kurzwellensenderei seit einem Jahr noch keine Entscheidung getroffen ist — und ein Jahr ist es her, daß der Ruf nach Freigabe des Sendens erschallt ist —, liegt nicht daran, daß man auf Seite der Deutschen Reichspost vielleicht Veranlassung hätte, diese Entwicklung einzudämmen. Es liegen uns im Gegenteil wiederholt

Außerungen des Staatssekretärs Bredow vor, in denen er sein Interesse an diesem neuen Zweig der Funkbetätigung bekundet und erklärt hat, daß von seiner Seite nichts im Wege stehe.

Es ist allerdings verwunderlich, daß verhältnismäßig geringe Anlässe benutzt wurden, um den Mitgliedern des deutschen Sendedienstes sowohl das Telephonieren zu verbieten, als auch den Wellenbereich noch mehr einzuengen, als das bisher schon der Fall war. Trotzdem stehen die deutschen Privatsender auf dem Standpunkt des Vertrauens gegenüber der Deutschen Reichspost, müssen aber nunmehr aus ersten Gründen verlangen, daß ihren Wünschen nicht länger die Antwort vorenthalten bleibt.

Die übrigen Reichsbehörden müssen ja pflichtmäßig ihre Bedenken vorbringen, denn sie können nicht wissen, was hinter der deutschen Senderei Gutes steckt, und sehen nur die großen Gefahren, die in einer Freigabe dieses Dienstes für die öffentliche Ordnung entstehen können, falls nämlich die Unruhestifter sich dieses Verbindungsmittels zu eigenen Zwecken bedienen wollen. Es ist diesen Behörden nicht klar, daß es sich um eine Bewegung handelt, die die ganze Welt ergriffen hat. Sie wissen nicht, daß allnächtlich Tausende von Sendern nationalen und internationalen Verkehr treiben, daß der Anschriftenaustausch in allen Kulturländern geregelt ist, ohne daß danach gefragt wurde, ob die Sender eine Genehmigung haben oder nicht. In Frankreich besteht das „Journal des 8“, in dem in aller Öffentlichkeit die genehmigten und ungenehmigten Sender ihre Nachrichten austauschen.

Diese Reichsbehörden wissen auch nicht, daß zwischen den Sendern der ganzen Welt eine Interessengemeinschaft besteht, die sich in Freundschaftlichkeit und gegenseitigem Helfen äußert und sich einer Schlüsselsprache bedient, die nur ganz Eingeweihten verständlich ist. Sie geht zwar von Abkürzungen aus, wie sie allgemein üblich sind, aber es ist im Laufe der Jahre in Amerika soviel „Slang“ dazu gekommen, daß es ans Rätselraten grenzt, wenn man solche Q. S. L.-Karten entziffern will.

Ist es unter solchen Umständen nicht verkehrt, wenn die besagten Reichsbehörden aus ihrer Spezialamtseinstellung heraus eine Frage beurteilen wollen, die sich längst ihrem Zugriff entzogen hat, die längst über die Überwachungsmöglichkeit durch das Amt hinausgewachsen ist und zu deren Regelung im amtlichen Sinne gar keine Möglichkeit mehr vorliegt? Während allnächtlich Hunderte von Sendern ihre Nachrichten in die Welt versenden, überlegen unsere Ämter, ob sie dies den deutschen Sendern erlauben sollen. Hat man denn daran gedacht, den Automobilen, als sie aufkamen, die Chausseen zu sperren? Und da hätte man sperren können, während man den Wellenverkehr gar nicht fassen kann.

Die Behörden haben nichts davon, wenn sie das Verbot aussprechen; denn Vorschriften, deren Beachtung nicht schonungslos erzwungen werden kann, haben keinen Sinn und mindern das Ansehen der Stelle, von der sie ausgehen.

Es gibt kein anderes Mittel, als das, das wir schon seit Jahr und Tag empfehlen: man schenke dem Deutschen Sendedienst das Vertrauen und arbeite Hand in Hand mit ihm. Anders geht es nicht. Es würde ein nicht wiedergutzumachender Schaden entstehen, wenn die Reichsregierung sich der Privatsenderei ebenso entgegenstellen wollte, wie vor zweieinhalb Jahren die Post der Privatempfängerei.

Es ist etwas Ungreifbares, das überall und nirgends ist, das in allen Telefonen ertönt und nicht sagt, wo es herkommt, von dem tausende von der Post beförderte Karten reden, ohne daß die Sprecher gefunden werden können. Dieses Ungreifbare ist tatsächlich frei. Es ist Siegfried in der Tarnkappe, der unbeschränkter Herr seines Willens ist. Es ist durch sein Dasein frei und kennt kein behördliches Siegel.

Die notwendige Aufsicht über den Deutschen Sendedienst kann nur von ihm selbst, d. h. von den von der Vereinigung bestellten Organen, ausgeübt werden. Der Dienst kann wohl vom Staat beobachtet werden, aber er kann Mißstände nicht abstellen. Dagegen hat der Deutsche Sendedienst die Mittel, die Aufsicht zu üben, die Mißstände am Entstehen verhindert. Dies geschieht durch Erziehung und Stärkung des Verantwortungsgefühls der Öffentlichkeit gegenüber. Es wird sich bei uns ebensoviel, vielleicht mehr als in Amerika erreichen lassen.

Dort arbeitet die Amateur Radio Relay League längst Hand in Hand mit dem Staat, der den größten Nutzen davon hat, während hier noch zwei Lager bestehen, trotzdem die Brücken schon seit langen Monaten zugesagt sind.

Der Deutsche Sendedienst hat seine Anträge längst gestellt. Er ist bereit, wenn der Staat es will, das Netz von Überwachungsstationen auszubilden, das dem Staat dauernd Einblick in den privaten Sendeverkehr ermöglicht. Er hat starke Beweise seiner Loyalität gegeben. Noch längeres Zögern, Verbieten, Hintanhalten würde weder beim deutschen Sendedienst, noch in den weitesten Kreisen der Funker verstanden werden.

Der Deutsche Sendedienst darf es aber auch endlich erwarten, zu den Verhandlungen zugezogen zu werden.

*

Die Stellung des Reichspostministeriums.

Um die Erörterung über die Regelung des Sendedienstes von vornherein fruchtbar zu gestalten, haben wir die vorstehenden Ausführungen dem Reichspostministerium zur Kenntnis gegeben und um eine Stellungnahme ersucht. Wir erhielten darauf folgendes Schreiben:

In dem mir übermittelten Aufsatz „Wo bleibt die Sendegenehmigung?“ beschwert sich Herr Oberstleutnant a. D. von Stockmayer, daß die kürzlich gebildete Arbeitsgemeinschaft deutscher Kurzwellensender und -empfänger bei den Beratungen über die Regelung des Versuchssendens nicht gehört worden ist. Hierzu teile ich mit, daß der Funktechnische Verband, in dessen Vorstand sich Herr von Stockmayer befindet, einen besonderen Ausschuß für die Verhandlungen mit der Deutschen Reichspost über die Zulassung von Versuchssendern gebildet hat. Mitglied dieses Ausschusses ist ebenfalls Herr von Stockmayer. Die Deutsche Reichspost hat im Beisein von Vertretern der übrigen beteiligten Behörden mit dem genannten Ausschuß über die Wünsche des Funktechnischen Verbandes verhandelt. Die Verhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt und werden fortgesetzt. Inzwischen ist innerhalb des Funktechnischen Verbandes eine Arbeitsgemeinschaft der am Kurzwellensenden interessierten Persönlichkeiten gegründet worden. Herr von Stockmayer hat der Deutschen Reichspost unterm 28. Januar 1926 hiervon Mitteilung gemacht und hervorgehoben, daß es sich um keinen Verein, sondern „gewissermaßen“ um einen Ausschuß des Funktechnischen Verbandes handelt. Dieser Ausschuß hat bisher keinen Antrag gestellt, neben dem bereits bestehenden Ausschuß des

Funktechnischen Verbandes zu den Verhandlungen zugezogen zu werden. Hierzu lag auch keine Veranlassung vor, da nicht angenommen werden konnte, daß der Funktechnische Verband die Verhandlungen mit der Deutschen Reichspost gleichzeitig durch zwei verschiedene Ausschüsse führen wollte. Es scheint hier also eine Unklarheit in der Organisation des Verbandes vorzuliegen, zu der ich mich der Stellungnahme enthalten möchte.

Was den übrigen Teil der Ausführungen anbetrifft, scheint es mir nicht im Interesse der Sache zu liegen, wenn im Verlaufe von Verhandlungen die Beteiligten in der von Herrn von Stockmayer gewählten Form sich gleichzeitig in der Öffentlichkeit auseinandersetzen. gez. Craemer.

*

Anmerkung der Schriftleitung: Alle sende-ungeduldigen Funkbastler werden diesen Ausführungen gewiß beistimmen wollen, denn der echte Funkbastler denkt nicht daran, solche Genehmigung zu mißbrauchen, sachliche Wißbegier und leidenschaftlichen Forscherdrang in den Dienst irgendeines „Interesses“ stellen zu wollen. Daß jedoch gewisse Gefahren bestehen, deren Tragweite man in Süddeutschland vielleicht unterschätzt, das geht aus einem Aufsatz des „Berliner Lokal-Anzeigers“ hervor, der die Überschrift trägt: „Der deutsche Rundfunk im Dienste von Moskau?“ Selbstverständlich müssen wir die Verantwortung für diese, angeblich von „wohlunterrichteter Seite“ stammenden Ausführungen dem genannten Blatt überlassen; aber es scheint uns doch notwendig, auf die Möglichkeiten politischen Mißbrauchs hinzuweisen, und diese Befürchtungen sind es wohl auch, die die Regelung des Sendebetriebes hinauszögern. Vergleiche man die folgenden Ausführungen des „B. L. A.“ mit dem Protokoll, das in Kreisen des Arbeiter Radio Klubs (vgl. Heft 13 des „Funk“, Seite 104) herumging und die „Sicherung der proletarischen Interessen im Rundfunk“ im Sinne des Klassenkampfgedankens forderte, dann wird man die gefährlichen Möglichkeiten eines Sende-Mißbrauchs nicht mehr unterschätzen.

„Aus Rußland sind“, so heißt es im „B. L. A.“ vom 13. 3. M. A., „aus bewährter Quelle wichtige Nachrichten über die Radio-Bewegung eingelaufen. Das Exekutiv-Komitee der kommunistischen Internationale betrachtet Radio als hervorragendes Mittel, die in- und ausländische Bevölkerung zum Bolschewismus zu bekehren. Das Volkskommissariat für Post- und Telegraphenwesen hat daher auf den Ausbau des Radionetzes besonderen Wert gelegt, um für kritische Stunden die nötige Verbindung mit den Proletariern ihrer Länder sicherzustellen. Für die Propaganda im Ausland hat die operative Abteilung der Internationale bereits Verbindung mit fast allen Ländern eingerichtet. Vorläufig sind es überall Empfangsstationen, die in Verbindung mit den Sendestellen der Kommunisten stehen und von ihren Organen bedient werden. Die Anrufe und die Wellenlängen werden periodisch von Moskau verändert. Weiter arbeitet die Technische Sektion der operativen Internationale auch an dem Ausbau eines Sendernetzes im Ausland. Zu diesem Zweck sind leicht transportable Sender hergestellt, die bequem überall dort aufgestellt werden können; wo es nötig erscheint. Eine ganze Anzahl derartiger Sender ist für die Arbeiter-Radio-Klubs in Deutschland bestimmt. Ein Kommintern-Fachmann hat sich dahin ausgesprochen, daß diese Sender verwendet werden sollen, um ein Vorwärtstreiben der Radio-propaganda an die Etappenpunkte der Bourgeoisie in die Wege zu leiten... Die Arbeiter Radio Klubs verlangen die Erlaubnis zur Aufstellung von Radiosendern zu Versuchszwecken. Wird diese Erlaubnis einmal erteilt, so ist natürlich die Verwendung der Sender für die kommunistische Propaganda und die Herstellung von Verbindungen innerhalb des Landes und mit dem Auslande zum Zwecke des Landesverrats im Ernstfalle zu erwarten.“

Der Einfluß magnetischer Stürme. Interessante Feststellungen sind im Meuden-Observatorium bei Paris gemacht worden, indem man den Funkempfang von Rom und Bordeaux während der Zeit magnetischer Störungen maß. Als am 26. Januar von den Meßinstrumenten magnetische Stürme registriert wurden, die 15 Stunden anhielten, war der Empfang von Rom und Bordeaux etwa viermal so stark als zu gewöhnlichen Zeiten.

Tauchversuche mit Rundfunk in England. Wie aus London gemeldet wird, wird demnächst ein Taucher vom Boden der Temse aus seine Eindrücke unmittelbar durch Rundfunk verbreiten. Derartige Versuche wurden bereits im vorigen Jahre bei Helgoland von der Nordischen Rundfunkgesellschaft Hamburg erfolgreich durchgeführt.

Die Gefahren der Sendefreiheit

In Heft 14 des „Funk-Bastler“ hatten wir einen Aufsatz „Wo bleibt die Sendegenehmigung?“ abgedruckt und in Heft 15 des „Funk“ die Stellungnahme der Deutschen Reichspost zu dieser Frage veröffentlicht. Hier nimmt L. v. Stockmayer, der Schriftführer des „Deutschen Sendedienstes“ und Vorsitzende des Oberdeutschen Funkverbandes, noch einmal zu diesen Gedankengängen Stellung.

Da die Erwidrerung des Reichspostministeriums auf meinen Aufsatz „Wo bleibt die Sendegenehmigung?“ in Heft 14 des „Funk“ im Klarstellen des Geschäftsgangs stecken bleibt, so ist Gefahr vorhanden, daß der wesentliche Punkt dieser Darlegung übersehen wird. Dieser muß aber im Dienste der Sache — und nur darum handelt es sich — noch einmal hervorgehoben werden.

Der Aufsatz dreht sich in der Hauptsache nur darum: „Es mögen die zuständigen Behörden sich hüten, etwas zu verbieten, was sich nicht verbieten läßt, weil das Verbot nicht überwacht werden kann.“

Wir haben nicht verkannt, daß die Freigabe des Sendens für alle diejenigen einen harten Entschluß bedeutet, denen die Wahrung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, besser gesagt der Ruhe unseres Staates, obliegt. Der „Berliner Lokalanzeiger“ weist in der Morgenausgabe vom 13. März d. J. schon auf die Gefahr hin, die durch die bolschewistische Funkpropaganda von Moskau her droht. Der „Funk“ brachte es im Verfolg meines letzten Artikels, Ja, tut denn der Bolschewismus damit nicht das von seinem Standpunkt aus einzig Vernünftige? Liegt es denn nicht nur an Rußlands technischer Verwahrlosung, daß dieses Netz funktechnischer Propaganda nicht längst den ganzen Erdball umspannt? Eine Weltrevolution, wie sie dem Bolschewismus vorschwebt, bedarf doch der Nachrichtenmittel. Von jeher sind die Revolutionen durch geheime Boten vorbereitet worden. Gibt es etwas Prächtigeres, als die elektro-magnetische Welle, deren Herkunft niemand kennt und die jeder Verständige auffangen kann? Es ist eine glatte Selbstverständlichkeit, daß der Bolschewismus sich der Funkentelegraphie bedient und daß er seine Empfangs- und Sendestationen in der ganzen Welt zu organisieren sucht.

Nun entsteht für uns nur die Frage: Können wir das verhindern? Dazu müssen wir die Bolschewisten-Welle kennen. Sie kann zwischen 0 und 3000 oder mehr liegen, sowohl im Gebiet der kurzen Wellen, als auch in allen höheren Gebieten. Aus betriebstechnischen Gründen ist aber anzunehmen, daß man sich der kurzen Wellen unter 100 m wegen der großen Reichweite und der billigen Kraftquelle bedienen wird. Vor allem aber auch deshalb, weil in der Anzahl von Wellen, die in diesem Bereich allnächtlich den Äther durchströmt, die Beobachtung einer einzelnen größere Schwierigkeiten macht.

Wenn also der Staat diese Wellen herausfischen will, so muß er Kurzwellenempfangsstationen haben, die enger zusammenstehen, als die vermutliche Reichweite der bolschewistischen Relaisstationen beträgt. Da man diese nicht kennt, so müssen es eben viele sein. Sehr viele sogar. Es müssen also einige Hundert Beamte angestellt werden, die allnächtlich die aufzustellenden Beobachtungsstationen besetzen. Sie haben die angenehme Aufgabe, verdächtige Chiffretelegramme aufzunehmen und — nachher so klug zu sein wie zuvor, denn der Teufel weiß, wo sie herkommen.

Und wenn Moskau sich einen Großkraftkurzwellensender wie K. D. K. A. baut, der um die halbe Erdkugel reicht, dann hilft alles Beobachten nichts und Moskau setzt sich eben durch.

Die Privatsender aber, die auf dem Relaiswege Moskau zu erreichen suchen, sind kleine, harmlos aussehende Geräte und ihre Kraftquellen sind nicht groß, so daß es eine bare Unmöglichkeit ist, sie außer Tätigkeit zu setzen.

Also: der private Kurzwellenverkehr läßt sich nicht unterbinden. Das ist die Erkenntnis, der man sich nicht entziehen kann. Das ist das, was schon im vorigen Artikel ausgeführt wurde. Es ist schade um die viele Mühe, die sich die verantwortlichen Stellen geben. Die Danaiden haben bis heute ihr Faß noch nicht vollgekrigt.

Man sollte das fruchtlose Bestreben so bald wie möglich aufgeben und sich umschauen, was man tun kann, um der

riesigen Gefahr auf anderem Wege zu begegnen. Denn wir wissen es vom Krieg; ein starkes Mittel löst sofort ein starkes Gegenmittel aus.

Es besteht in der Beobachtung und in der Vorbereitung der Gegenwehr.

Die behördliche Beobachtung ist nicht möglich. Aber die private kann es. Wenn in den Vereinigten Staaten etwa 30 000 Sender und Beobachter allnächtlich am Werk sind, so ist die Wahrscheinlichkeit, daß ein ungesetzlicher, organisierter Verkehr entdeckt wird, recht groß. Gibt man in Deutschland das Kurzwellensenden den Funkvereinen frei, so haben wir binnen Jahresfrist einige Tausend registrierte und mit bekannten Personen besetzte Stationen, die aus reinster Selbsterhaltung, aus Korpsgeist und Funkdisziplin heraus aufs schärfste zusammenarbeiten werden, um Schwarzsender und Verdächtige festzustellen. Kann man ihren Aufstellungspunkt nicht ermitteln, so wird es schon von großem Wert sein, ihre Sendungen aufzunehmen und zu entschlüsseln. Wie das gemacht würde, das lasse man die Sorge der Funkfreunde und des deutschen Sendedienstes sein. Man muß ihm nur ein Mittel dazu geben, dann findet sich der Weg.

Aber das viel bessere Mittel ist der alte Spruch: Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Droht eine ungesetzliche Nachrichtenorganisation zur öffentlichen Gefahr zu werden, so müssen wir ihr eine noch viel stärkere entgegensetzen. Wer dann gewinnt, ist nicht zweifelhaft.

In dem Deutschen Sendedienst wird nach Freigabe des Sendens diese Organisation erwachsen, die im Notfall den staatlichen Nachrichtenmitteln eine ebenso erwünschte Bereicherung bringen wird, wie dies in den Vereinigten Staaten bereits eingeleitet ist. Nie wird der Umsturz über solche Mittel verfügen können, wie sie die Funkfreunde mit leichter Mühe aufbringen können. Schon jetzt hat der erste deutsche Kurzwellensendetag bei den wenigen Sendern, aber mit Hilfe der D. E.-Leute (deutsche Empfänger) über 800 Beobachtungen gebracht. Lassen wir statt der jetzt genehmigten Sender zehnmal mehr, statt der 260 D. E.-Leute 1300 tätig sein, so läßt sich etwa ermessen, was an Beobachtung geleistet werden wird. Freilich gehört zur Auswertung solcher Massen eine Organisation, die vorläufig noch nicht besteht. Da aber ein öffentliches Interesse vorliegt, können auch öffentliche Mittel dazu verwendet werden.

Der Weg ist klar, die Bahn ist frei. Was uns hindert, ist der Mangel eines Einblicks in die fast grenzenlosen Möglichkeiten des Kurzwellenverkehrs. Man schenke dem Deutschen Sendedienst das Vertrauen, um das, ach schon so oft, gebeten wurde.

Man packe zu und mache sich die Dienste dieser Privatorganisation zunutze, die freier in ihrer Betätigung ist, als eine amtliche und durch ihre bald zu erreichende große Zahl die allerweitesten Möglichkeiten eröffnet.

*

Die Stellungnahme des Deutschen Funktechnischen Verbandes.

Zu den Ausführungen des Herrn L. v. Stockmayer „Wo bleibt die Sendegenehmigung?“ nimmt der Deutsche Funktechnische Verband wie folgt Stellung:

Der Deutsche Funktechnische Verband wünscht nicht, daß in der Frage der Sendegenehmigung von zwei Ausschüssen, sondern von einem verhandelt wird. Herr v. Stockmayer ist — wie auch aus dem Schreiben des Reichspostministeriums hervorgeht — Mitglied dieses einen Verhandlungsausschusses. Der Deutsche Funktechnische Verband behält sich nur vor, für die Verhandlungen mit der Reichspost Mitglieder des Deutschen Sendedienstes hinzuzuziehen. In der Organisation des Deutschen Funktechnischen Verbandes bestehen in keiner Weise irgendwelche Unklarheiten. Der Deutsche Sendedienst stellt lediglich die Interessenvertretung der im Deutschen Funktechnischen Verband vereinigten Kurzwellensender dar und hat gar nicht die Absicht, Verhandlungen mit der Reichspost direkt zu führen. Im übrigen ist Vorsorge getroffen, daß die Einheitlichkeit bei den Verhandlungen des Deutschen Funktechnischen Verbandes mit dem Reichspostministerium in jeder Hinsicht gewahrt bleibt.

Der Aufsatz „Wo bleibt die Sendegenehmigung?“ ist somit lediglich als eine rein private Meinungsäußerung des Herrn v. Stockmayer anzusehen.